
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59529

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

JOACHIM ARENTH

FRANKREICHS »ANTIAMERIKANISCHER« KURS
IM VIETNAM-KONFLIKT, 1963–1969

Der Beginn der Ära Johnson–De Gaulle
unter schwierigen Vorzeichen

»Dealing with enemies is usually simpler than dealing with friends,« schrieb 1964 der spätere US-Nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski über das franko-amerikanische Verhältnis¹. »The choices are clearer, the goals more direct. Allies, however, can translate their weakness into power, their recalcitrance into a bargaining advantage, their alliance into an entanglement, their interpretation of the common goal into a unilateral objective.«² Die Unzufriedenheit über die Haltung des europäischen Verbündeten Frankreich war damit bei den Amerikanern schon vor Ausbruch des Vietnam-Krieges im Februar und März 1965 deutlich zu spüren. Brzezinski verglich sogar die franko-amerikanischen Beziehungen mit dem sino-sowjetischen Verhältnis dieser Jahre. Beide Male handle es sich um »asymmetrische Allianzen.« Die Interessen der Schwächeren, Frankreichs und der Volksrepublik China, seien in der Vergangenheit nicht voll anerkannt worden, ja der stärkere Partner habe sogar – hier in Suez, dort in Quemoy und Matsu – die »nationale Demütigung« des kleineren zugelassen. Eine weitere Parallele waren die herausragenden Führungspersönlichkeiten Charles de Gaulle und Mao Tse-tung³.

Trotz gewisser Ungereimtheiten mag dieser Vergleich von Brzezinski und Huntington die »alliance inattendue« Frankreichs mit Chinas im Januar 1964 erläutern, als Präsident Charles de Gaulle die diplomatische Anerkennung der Volksrepublik bekanntgab. Aus Sicht der amerikanischen Regierung indes bedeutete dies die Unterstützung des Hauptgegners im Vietnam-Konflikt. US-Präsident Lyndon B. Johnson spielte in der Öffentlichkeit die Anerkennung Chinas durch Frankreich herunter: er sehe Frankreich als wichtigen Teil, aber eben nur als Teil der westlichen Allianz, innerhalb der es keine transatlantischen Beschuldigungen geben solle⁴.

Zur selben Zeit resümierte US-Botschafter Bohlen nach seinem ersten Jahr in Paris, »the working relations between France and the U.S. are not any where nearly

1 Dieser Artikel basiert auf der Monographie Joachim ARENTH, *Johnson, Vietnam und der Westen, Transatlantische Belastungen, 1963–1969*, München 1994.

2 Zbigniew BRZEZINSKI, Samuel P. HUNTINGTON, *Political Power USA/USSR. Similarities and Contrasts, Convergence or Evolution*, New York 1964, S. 388.

3 Ibid. S. 388–409.

4 Interview Johnsons mit William S. White, zit. nach *Washingtoner Evening Star* vom 22. 1. 1964.

as bad as they are frequently painted in the press.«⁵ Er untermauerte seine Ansicht damit, daß seines Wissens keine französischen Aktionen gegen die Einrichtungen der NATO oder der Vereinigten Staaten geplant seien. Gerade nach dem Tod Präsident Kennedys habe es laut Bohlen große proamerikanische Gefühle in Frankreich gegeben⁶.

Doch nicht nur die Beziehung der Staaten Frankreich und USA, auch das persönliche Verhältnis Johnsons und de Gaulles begann Ende 1963/Anfang 1964 mit einem Höchstmaß an Mißstimmung. Under Secretary of State George W. Ball riet Johnson vor seiner ersten Zusammenkunft mit de Gaulle im Anschluß an Kennedys Beerdigung, beide sollten betonen, daß sie gemeinsam den Kampf gegen die von Moskau und Peking ausgehende kommunistische Weltbedrohung aufnehmen. Johnson müsse herausstellen, daß die Politik der USA und Frankreichs gegenüber dem Ostblock prinzipiell übereinstimmen und daß sich gelegentliche Differenzen nur hinsichtlich der einzuschlagenden Taktik und des Prozedere ergeben. Die Vereinigten Staaten täten laut Ball gut daran, zu versichern, daß es keine Vereinbarungen mit der Sowjetunion ohne vorherige volle Konsultation Frankreichs und der anderen Verbündeten gebe. Es folgte ein Plädoyer des Stellvertretenden Außenministers für die NATO und die atlantische Partnerschaft, in der man keine Spaltung der »atlantischen Nationen« zulassen könne. Er schloß mit dem Vorschlag, Kennedys Einladung an den französischen Präsidenten zu erneuern und ihn für Anfang (März) 1964 zu einem Arbeitsbesuch einzuladen⁷.

Über die Frage, ob de Gaulle am Tage der Beerdigung Kennedys, dem 25. November 1963, denn Johnsons Einladung angenommen habe, bald noch einmal in die Vereinigten Staaten zu reisen, kam es nach Don Cook zu einem »diplomatischen Fingerhakeln.«⁸ In seiner ersten Begegnung mit de Gaulle im November 1963, so Bohlen, habe Johnson auf seine direkte Frage hin eine diplomatische Höflichkeit de Gaulles für bare Münze genommen⁹. Letzten Endes bestand Johnsons Blamage darin, vor einer Gruppe amerikanischer Gouverneure anzukündigen, de Gaulle werde Anfang nächsten Jahres in die USA reisen, was der französische Präsident anschließend öffentlich dementierte¹⁰. Damit verschloß Paris die Möglichkeit direkter, persönlicher amerikanisch-französischer Kontakte auf absehbare Zeit¹¹.

Darüber hinaus schrieb die französische Presse, nach dem Tod Kennedys sei de Gaulle die herausragende Persönlichkeit unter allen westlichen Staats- und Regierungschefs. Einschränkend hieß es lediglich, er sei ohne Frage die dominante Figur

5 Lyndon Baines Johnson Library, Austin, Texas (LBJ) National Security Files (NSF) Country Files (CF) France Box Nr. (B) 169 Folder (F) Memos, vol. i, 11/63–3/64, Charles BOHLEN, Memorandum to the Secretary of State, December 13, 1963, S. 125 a/1–5 Secret, Eyes Only.

6 Ibid. S. 125 a/1–5.

7 LBJ NSF CF France B 169 F Memos, vol. i, 11/63–3/64, Document (= D) George Ball, Memorandum to the President, November 24, 1963, S. 117/1–3.

8 Don COOK, Charles de Gaulle, Soldat und Staatsmann, München 1985, S. 494.

9 Charles E. BOHLEN, Witness to History, 1929–1969, New York 1973, S. 505.

10 Remarks of President Johnson to Group of Governors, zit. nach: New York Times vom 26. 11. 1963.

11 In seinem Brief an de Gaulle vom 24. November 1964 etwa bedauerte Johnson sehr, daß »die Umstände« ein persönliches Treffen beider noch nicht möglich gemacht hätten, vgl. LBJ NSF CF France B 170 F Memos, vol. v, 12/64–2/65, D Draft Letter, President Johnson to President de Gaulle, November 24, 1964, S. 158; Der französische und der amerikanische Präsident begegneten sich erst wieder bei der Beerdigung Konrad Adenauers im April 1967 in Bonn.

unter allen ausländischen Staatsgästen bei der Beerdigung des amerikanischen Präsidenten gewesen. Wie Bohlen aus Paris an US-Außenminister Dean Rusk berichtete, kursierte dort zudem das Gerücht, einige Tage vor dem Tod JFK's habe es eine »geheime Absprache« gegeben, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich auf einer völlig neuen Basis aufzubauen. Der neue amerikanische Präsident werde dieses Dossier auf seinem Schreibtisch finden, hieß es sybillinisch¹².

Ungünstiger hätten die Beziehungen zwischen Washington und Paris zur Jahreswende 1963/64 nicht anlaufen können. Zudem folgte am 31. Dezember 1963 de Gaulles notorische Rede vom »Frankreich der 100 Millionen.« Johnson meint in der Retrospektive, von Ende November 1963 an, seit dem ersten Dialog mit de Gaulle, bis zum Ausscheiden aus dem Amt, habe er die Generallinie beibehalten, die stärker werdende französische Kritik an den USA, insbesondere am Vietnam-Krieg und seiner Person, schlichtweg zu ignorieren. Er habe auf jegliche Gegenschläge verzichtet, um die gegenüber persönlichen Gefühlen höherrangigen nationalen Interessen der Vereinigten Staaten, ergo eine den Umständen angemessene möglichst enge franko-amerikanische Allianz, zu wahren. Schließlich, so der US-Präsident, habe der französische Präsident de Gaulle die Amerikaner ja in bezug auf ihre Bündnistreue als unsichere Kantonisten eingeschätzt. De Gaulle rate Washington einerseits, Vietnam zu neutralisieren und zu räumen. Andererseits mache er den USA permanent den Vorwurf, im Ersten und Zweiten Weltkrieg viel zu spät als Kriegspartei eingegriffen zu haben. Johnson befürchtete daher, de Gaulle werde sowohl den Abzug der Amerikaner aus Vietnam als auch die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen gegenüber Südvietnam argumentativ dazu benutzen, die USA anzugreifen¹³.

Amerikaner und Franzosen legten ihrer Politik in den 1960er Jahren nicht nur eine divergierende, miteinander unvereinbare Axiomatik zugrunde. Von Beginn der Ära Johnson – de Gaulle zeichnete sich darüber hinaus noch das Problem ab, daß die französische Seite nach amerikanischen Darstellungen eine Politik des »double-talk« betrieb. Bohlen berichtete Anfang Januar 1964, der französische Außenminister Couve de Murville habe ihm zugestimmt, daß es per Definitionen unmöglich sei, ein kommunistisches Land zu neutralisieren. Auch seiner These, daß es so gut wie keine Aussicht gebe, Nordvietnam zu »entkommunizieren,« habe der französische Außenminister beigepllichtet¹⁴.

Stellungnahmen dieser Art waren nach amerikanischer Lesart zumindest unvereinbar mit de Gaulles Vorschlag vom 30. August 1963, wonach Nord- und Südvietnam wiedervereinigt und neutralisiert werden sollten. Die Truppen aller ausländischen Mächte müßten abziehen. In einem Geheimdienstbericht vom 20. April 1964 heißt es, de Gaulle gehe »innerlich« schon lange von diesen Grundgedanken aus. Er habe aber bis zu den Unruhen in Vietnam im August 1963 gewartet, um zu verkünden, daß offenkundig prowestliche Regime nicht so nahe neben China existieren könnten, das die dominante Macht der Region darstelle. Auch vermag nach de Gaulle der

12 LBJ NSF CF France B 169 F Cables, vol. i, 11/63–3/64, D Cable Bohlen to Secretary of State, November 27, 1963, S. 6.

13 Vgl. Lyndon B. JOHNSON, *The Vantage Point, Perspectives of the Presidency, 1963–1969*, New York 1971, S. 23.

14 LBJ NSF CF France B 169 F Cables, vol. i, 11/63–3/64, D Cable Bohlen to Secretary of State, January 8, 1964, S. 43.

Westen in einem Guerilla nicht zu siegen, weshalb er in vagen Termini, wie der Autor des Memorandum bemängelte, die »Neutralisierung« vorgeschlagen habe, ohne zu erklären, was exakt darunter inhaltlich und geographisch zu verstehen sei. »In a broad sense de Gaulle probably thinks that his diagnosis in Viet Nam is applicable also to the rest of the area, including perhaps Thailand, Malaysia and Indonesia and who knows what else.«¹⁵

In dieser Haltung, die de Gaulle während seiner gesamten Amtszeit beibehielt, sahen die Amerikaner eine »Einladung« an die Kommunisten, sich nicht nur Vietnam, sondern auch gleich andere Länder dieser Region wie Laos und Kambodscha einzuverleiben. Kennedy hatte auf Vorschläge einer Neutralisierung dieses Landes oder der gesamten Region in einem CBS-Interview geantwortet: »What, of course, makes Americans somewhat impatient is that after carrying this load for eighteen years, we are glad to get counsel but we would like a little more assistance, real assistance. But we are going to meet our responsibility anyway. It doesn't do us any good to say: ›Well, why don't we all just go home and leave the world to those who are our enemies.«¹⁶ Die Johnson-Administration behielt diese Argumentation im Falle Südostasiens uneingeschränkt bei.

Von »verdeckter« zu »offener« Konfrontation: die Jahre 1964–1966

Daß die USA vom gaullistischen Frankreich in Vietnam nicht den von Kennedy erwünschten Beistand erhalten würde, war Johnson sofort klar. Doch Paris schien selbst die Möglichkeit einer wohlwollenden Neutralität gegenüber der amerikanischen Vietnam-Politik zu verwerfen, die den Amerikanern diplomatisch den Rücken frei gehalten hätte, und eine vorsichtige Politik »verdeckter Konfrontation« zu riskieren. Jedenfalls kabelte Botschafter Lodge am 25. Februar 1964 aus Saigon an Rusk und Johnson und weiter nach Paris zu Bohlen, de Gaulles »dubiose Andeutungen« haben die Lage in Südvietnam verschlechtert. Viele westliche Ausländer seien wegen der Vielzahl und Widersprüchlichkeit der kursierenden Gerüchte sehr verunsichert. Immerhin seien aufgrund der fortbestehenden sozialen, ökonomischen und kulturellen Präsenz Frankreichs de Gaulles Ausführungen in Südostasien sehr wichtig. Lodge fuhr fort: »Rumors of intrigue by French agents are now commonplace in Saigon. There are some who ascribe the recent barbaric attacks against Americans to French inspiration and direction.« Es bestehe hier die Gefahr, so Lodges weitestgehende Aussage, daß sich die Wut der Amerikaner in Indochina eher gegen die Franzosen richte als gegen den Viet Cong¹⁷.

Bohlen verneinte in seiner Erwiderung auf dieses Telegramm Gerüchte, wonach Frankreich in naher Zukunft Hanoi und damit den Viet Cong anerkennen wolle. Weiterhin auf die Schilderung Lodges eingehend, antwortete der amerikanische Botschafter in Frankreich, erstens werde de Gaulle auch auf amerikanische Bitten hin seine allgemeinen Statements nicht spezifizieren. Vielmehr würde er eine solche

15 LBJ NSF CF France B 169 F Memos, vol. i, 11/63–3/64, D Department of State, Bureau of Intelligence and Research, Thomas L. Hughes to Secretary of State, April 20, 1964, S. 17.

16 Kennedy in einem Interview mit CBS, zit. nach: JOHNSON (wie Anm. 13) S. 63.

17 LBJ NSF CF France B 169 F Cables, vol. i, 11/63–3/64, D Memo, Lodge via Rusk and Johnson to Bohlen, February 25, 1964, Zitat S. 131/1.

Gelegenheit zur Provokation der USA nutzen, indem er in der bekannten pompösen Weise seine bisherigen vagen Pläne öffentlich wiederholte. Zweitens schloß de Gaulle aus jedem amerikanischen Wunsch, daß die Supermacht USA in Südostasien seine Hilfe brauche. Bohlen erinnerte daran, daß de Gaulle schon zu Kennedy im Mai 1961 gesagt hat, die Vereinigten Staaten würden es in Vietnam so nicht schaffen. Auch ihm gegenüber habe dies der französische Präsident wiederholt¹⁸.

Da de Gaulle ganz offensichtlich die Interessenlage anderer Staaten, insbesondere der Vereinigten Staaten, ignorierte, schloß der amerikanische Diplomat: »insofar as Franco-American relations are concerned, I see very little that can be done to improve them.« Charles Bohlen riet zu einer pragmatischen Tag-zu-Tag und Fall-zu-Fall Politik¹⁹.

Thomas Hughes, der Nachrichtenchef des State Department, suchte die Lösung des Problems im Rollenverständnis Frankreichs und folgerte: »France's chosen role (in Vietnam) is that of a broker for peace, not of a policeman.«²⁰ Dies erklärt, warum Frankreichs anders geartete Interessen es in dieser Region immer wieder in Konflikt mit den USA brachten. Mit diesem Erklärungsschema konkurrierte die These, daß der franko-amerikanische Disput ein Selbstzweck gaullistischer Außenpolitik sei und Vietnam nur ein Vorwand. So schilderte es zumindest der Marseiller Oberbürgermeister Gaston Defferre von der SFIO, zu jener Zeit ein innenpolitischer Herausforderer des französischen Präsidenten, Johnson gegenüber im März 1964. De Gaulle habe seiner Meinung nach die Volksrepublik China in erster Linie anerkannt, um die USA zu verärgern. Aber auch das von der französischen Regierung vertretene Konzept einer Neutralisierung Vietnams sei nicht die Politik eines »wahren Verbündeten.« Im Falle seiner Wahl würde er eine proamerikanische und eine pro-Johnson Politik betreiben, so der französische Sozialist, und eine »freundliche Regierung« in Paris könne den USA in Südostasien sehr von Nutzen sein. Johnson wiederholte seine Ansicht, in Vietnam sei eine Politik aller Alliierten das beste, eine Neutralisierung unter den gegebenen Umständen unrealistisch²¹.

Andererseits konnte es durchaus zu einer engen Kooperation zwischen Paris und Washington kommen, wenn gleiche vitale Interessen bedroht waren. So lag den Franzosen 1964 sehr daran, sich mit dem amerikanischen Anti-MLF-Flügel im Pentagon, State Department und Weißen Haus sowie mit der britischen Regierung zu verbünden, um jeglichen Zugang Deutscher zu Atomwaffen unbedingt zu verhindern²². Auch schloß die zeitweise enge deutsch-französische Zusammenarbeit keineswegs jede Kooperation mit den »Angelsachsen« auf allen Feldern und zu jeder Zeit aus, vor allem da de Gaulle mit dem zweiten Bundeskanzler, Ludwig Erhard, keine so engen Beziehungen mehr pflegte wie mit dessen Vorgänger, Konrad

18 LBJ NSF CF France B 169 F Memos, vol. i, 11/63–3/64, D Bohlen to McGeorge Bundy, March 12, 1964, S. 142.

19 BOHLEN (wie Anm. 9) S. 502.

20 LBJ NSF CF France B 169 F Memos, vol. i, 11/63–3/64, D Department of State, Bureau of Intelligence and Research, Thomas L. Hughes to Secretary of State, April 20, 1964, S. 18.

21 LBJ NSF CF France B 169 F Cables, vol. i, 11/63–3/64, D Cable Secretary of State to Bohlen, March 27, 1964, S. 113.

22 LBJ NSF CF France B 170 F Memos, vol. iv, 8/64–11/64, D Central Intelligence Agency, Office of Current Intelligence, Special Report: De Gaulle, Europe, and the MLF, November 27, 1964, S. 103.

Adenauer²³. Beim Besuch Bundeskanzler Erhards in Paris Mitte Februar 1964 etwa besagte das Kommuniké, die offen und freimütig geführten Gespräche hätten die Partner mit widersprüchlichen Konzepten konfrontiert, woraufhin Le Monde spotete, zwischen Bonn und Paris herrsche völlige Übereinstimmung darüber, daß keine völlige Übereinstimmung herrsche²⁴.

De Gaulle erläuterte Erhard seine Gründe für die gerade erfolgte Anerkennung Chinas und fügte hinzu, daß eine Neutralisierung Südostasiens »unvermeidlich« sei und eben nicht ohne die Volksrepublik erreicht werden könne. Erhard ließ seine gegenteilige Meinung und seine Ablehnung des Timing und der Methode der französischen Regierung erkennen, insbesondere, da es entgegen dem deutsch-französischen Elysée-Vertrag von Januar 1963 keine Konsultationen gegeben habe, weder mit der Bundesrepublik noch mit der NATO²⁵. Generell spielte Vietnam zwischen der deutschen und der französischen Regierung aber nur indirekt eine Rolle. Der Quai d'Orsay beobachtete vor dem Hintergrund des bundesdeutschen Atlantiker versus Gaullisten-Streites selbstverständlich, wie eng Bonn die Amerikaner in Südostasien unterstützte, um Rückschlüsse auf den Stellenwert von Washington und Paris als Führungsmacht Bonns zu gewinnen.

»Vietnam« als Einflußfaktor der bilateralen Beziehungen Washington–Paris²⁶

Im französisch-amerikanischen Verhältnis nahm Vietnam ab Mitte 1964 einen zentralen Platz ein. Anfang Juni 1964 äußerte sich de Gaulle erneut gegenüber dem Gesandten Johnsons, George Ball:²⁷ Vietnam sei ein hoffnungsloser Platz, um zu kämpfen. Niemals könne dort eine westliche Macht militärisch siegen. Nur durch Verhandlungen sei hier überhaupt ein Ausweg möglich. De Gaulle sagte unmißverständlich, die amerikanische Position in diesem »guerre sale« in Südostasien sei aussichtslos. »France would not involve itself in any way in the escalation of the fighting. We would have to go it alone. Vietnam ... is a rotten country.« Frankreich habe dort seine Lektion gelernt²⁸.

An anderer Stelle führte de Gaulle aus, eine Lösung des Vietnam-Problems sei nur durch Verhandlungen zwischen den fünf Großmächten USA, UdSSR, Volksrepublik China, Großbritannien und Frankreich herbeizuführen, da diese Mächte erstens seit dem Ende des Ersten Weltkrieges direkte oder indirekte Verantwortung für

23 Vgl. Joachim ARENTZ, Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise (1958–1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen, Frankfurt am Main 1993, S. 176–181 und S. 251.

24 Le Monde vom 15. 2. 1964 über das Kommuniké de Gaulle-Erhard.

25 LBJ NSF CF France B 169 F Cables, vol. i, 11/63–3/64, D Cable Bohlen to Secretary of State, February 18, 1964, S. 83/1f.

26 Vgl. Marianne P. SULLIVAN, De Gaulle's Policy toward the Conflict in Vietnam, 1963–1969, Ph. D. Diss. University of Virginia 1971, als Monographie: France's Vietnam Policy. A Study in French-American Relations, London 1978 sowie Edward L. MORSE, Foreign Policy and Interdependence in Gaullist France, Princeton, N.J. 1973.

27 George W. BALL, The Past has another Pattern, Memoirs, New York 1982, S. 377f.

28 De Gaulle zit. nach: BALL (wie Anm. 27) S. 378.

Indochina tragen, zweitens Atomwaffen besitzen und drittens Gründer der Vereinten Nationen und ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sind²⁹.

Die Amerikaner bezweifelten, ob zwischen den fünf Mächten eine Kooperation möglich wäre. Im Juni 1965 heißt es in einem Entwurf für McGeorge Bundy, man wisse sehr wohl, daß Frankreich nicht den USA zustimme: »We very much hope that the French Government will understand our motives and – even if they do not altogether agree with our analysis – will consult closely with us so as not to impair the effectiveness of the signals we are giving to Hanoi and Peiping.«³⁰

Für die amerikanische Seite lautete die entscheidende Frage bald, wie weit General de Gaulle in der Öffentlichkeit gehen würde. In seiner Pressekonferenz vom 23. Juli 1964 kritisierte er sogar das amerikanische »Manifest Destiny«-Denken. »Ich glaube wohl, daß man, ohne sich gegenüber unseren amerikanischen Freunden unfreundlich zu zeigen, hinzufügen kann, daß ihre Überzeugung, einer Art Berufung zu folgen, und dann auch die Abneigung, die sie gegen jegliches koloniale Werk hegten, das nicht ihr eigenes war, und schließlich der bei einem so mächtigen Volk sehr natürliche Wunsch, sich neue Positionen zu beschaffen, die Amerikaner veranlaßte, in Indochina unseren Platz einzunehmen.«³¹

Washington kam in einer Analyse dieser Pressekonferenz zu dem Schluß: »On Southeast Asia, there is no common ground. The General implies that we are operating over and above the heads of the Vietnamese.«³² Thomas Hughes vom US-State Department merkte an, de Gaulle sei hier in Details über frühere Vorschläge für die internationale Neutralisierung der indochinesischen Halbinsel hinausgegangen. Bemerkenswert sei sein Vorschlag, daß vier der fünf Großmächte, nämlich Frankreich, die Volksrepublik China, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten übereinstimmen, nicht länger hier verpflichtet zu sein³³.

Mitte Dezember 1964 erklärte de Gaulle im Beisein hochrangiger französischer und amerikanischer Politiker,³⁴ da gebe es nicht viel, was Frankreich in Südostasien tun könne. Rusk plädierte jedoch dafür, es solle seinen Einfluß in Thailand nutzen, wo es die einzig verbliebene Macht der freien Welt sei. De Gaulle aber forderte Neutralität für das gesamte Südostasien, das man aus dem Kalten Krieg heraushalten solle. Rusk erwiderte, schließlich habe Gromyko gesagt, daß Nordvietnam zum »sozialistischen Lager« gehöre. De Gaulle ging nur indirekt auf dieses Argument ein, als er entgegnete, er denke nicht kurzfristig. Das langfristige Ziel müsse die Neutralisierung und die Wiedervereinigung von Vietnam sein. Der Bericht über das Treffen fährt fort: »He (de Gaulle) said that when he had said this at the time of the

29 De Gaulle in der Pressekonferenz vom 9.9.1965, zit. nach: Hans STERCKEN (Hg.), De Gaulle hat gesagt ... Eine Dokumentation seiner Politik, Stuttgart 1967, S. 92f.

30 LBJ NSF CF France B 170 F Memos, vol. iii, 6/64–7/64, D Draft Instructions, Springston to McGeorge Bundy, June 4, 1964, S. 67/18.

31 De Gaulle auf der Pressekonferenz vom 23.7.1964 zit. nach: STERCKEN (wie Anm. 29) S. 237.

32 LBJ NSF CF France B 170 F Memos, vol. iii, 6/64–7/64, D Summary, De Gaulle's Press Conference, David Klein to McGeorge Bundy, July 23, 1964, S. 76.

33 LBJ NSF CF France B 170 F Memos, vol. iii, 6/64–7/64, D Abstract, Department of State, Director of Intelligence and Research, Thomas L. HUGHES: De Gaulle's Proposals for Indochina and Likely Reactions Thereto, July 25, 1964, S. 85.

34 Darunter Couve de Murville, Alphand und de la Grandville auf französischer sowie Rusk, Bohlen und Tyler auf amerikanischer Seite.

assassination of Diem it had been misunderstood as an attack on US policy in South Vietnam.« Die Amerikaner entgegneten stereotyp, kein kommunistisches Regime werde jemals neutral sein³⁵. Die amerikanische Delegation schien jedoch nicht ausreichend zu berücksichtigen, daß dieser Plan de Gaulles wohl auf seiner Einschätzung beruhte, daß der Kommunismus zerfallen wird.

Nach Beginn der permanenten Bombardierungen Nordvietnams durch die USA (Operation »Rolling Thunder«) urteilte Thomas Hughes Ende Februar 1965 entgegen de Gaulles obiger Aussage, die Frage sei nicht, ob Frankreich eine Rolle in diesem Konflikt spielen werde, sondern welche Rolle es wie zu spielen gedenke. Der Nachrichtenchef des Außenministeriums weiter: »No matter what happens in Vietnam, de Gaulle is likely to take up a disobliging ›I told you so‹ posture.« Sollte es zu einem großen Krieg kommen, werde er vielleicht nicht wie in der Kubakrise zu den USA stehen, sondern aus Angst vor einer Involvierung Frankreichs die Vereinigten Staaten nicht unterstützen und sich stattdessen zum Führer Westeuropas aufwerfen. Hughes' Vermutung lautete aber, man könne davon ausgehen, daß de Gaulle eine zunehmend aktivere Rolle in Vietnam spielen werde. Einerseits fürchte der französische Präsident nichts mehr als einen sino-amerikanischen Konflikt, andererseits sehe er für Frankreich eine erstklassige Gelegenheit, sich in seiner wiedergewonnenen Rolle als Weltmacht zu profilieren. In der Tat, so Hughes, habe Frankreich wichtige Karten auszuspielen. Insbesondere sei es die einzige westliche Macht, die bedeutungsvolle Kontakte mit Hanoi und, bis zu einem gewissen Grad, mit Peking unterhält. Da die Sowjets es, aus welchen Motiven auch immer, zumindest zur Zeit vorziehen, eher mit Paris als mit London zu verhandeln, werde Frankreichs Status erhöht. Dies just zu dem Zeitpunkt³⁶, als Premierminister Wilson bemerkte, Großbritannien suche in der Frage des Vietnam-Krieges Kontakt mit der UdSSR. »In all this, it is not French influence in Indochina that concerns de Gaulle so much. It is France's playing a key international role in the resolution of the problem,« schließt Hughes am 26. Februar 1965³⁷.

Im folgenden Bericht schreibt er, die nach der Sitzung des französischen Kabinetts vom 24. Februar 1965 herausgegebene Erklärung, Frankreich und die Sowjetunion würden in einer »konzertierten Aktion« das Problem Südostasien/Vietnam angehen, sei ohne nähere Erläuterungen geblieben. Mit Bezug auf Agence France Press resümiert der Chef des Nachrichtendienstes im State Department, Frankreich suche sich vor allem bei der Sowjetunion und in Konkurrenz zu Großbritannien als Vermittler zwischen kommunistischer und freier Welt zu profilieren³⁸.

Auch hier weist Hughes darauf hin, daß de Gaulle niemals erklärt hat, wie Vietnam neutralisiert werden solle. Die französische Grundposition berge keine Geheimnisse, so Hughes. Die Staaten Südostasiens sollen von China, der vorherr-

35 LBJ NSF CF France B 170 F Memos, vol. v, 12/64–2/65, D Cable, Rusk to President, Secto 25, December 16, 1964, Secret, Eyes only for the President.

36 Gemeint sind Harold Wilsons Äußerungen vom 23. Februar 1965.

37 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. vi, 2/65–6/65, D U.S. Department of State, Director of Intelligence and Research, Thomas L. Hughes to Dean Rusk, Research Memo: France and the Vietnamese Question, February 26, 1965, S. 232 a/5.

38 Ibid. S. 232 a/4 mit Bezug auf die AFP-Meldung aus Moskau vom 24. 2. 1965 – im Gegensatz zu einigen hochrangigen britischen Emissären wurde zum Beispiel am 23. 2. 1965 der französische Generaldelegierte in Hanoi, Jacques de Buzon, von Ho Tschih Minh empfangen.

schenden Macht in der Region, akzeptiert werden, müßten aber nicht notwendigerweise dessen Satelliten sein. Mehr wisse man nicht³⁹.

Johnson versuchte dies zu eruieren, als er Couve de Murville mitteilte, er wolle genau hören, was de Gaulle denke, im Sinne von erstens, zweitens, drittens etc.. In diesem Gespräch mit dem französischen Außenminister am 19. Februar 1965⁴⁰, direkt nach den Anschlägen gegen US-Militäreinrichtungen bei Pleiku und bei Beginn von »Rolling Thunder«, klagte der US-Präsident auch über die Instabilität Südvietnams, das zehn verschiedene Regierungen in rascher Folge gesehen habe. Couve entgegnete, das überrasche ihn nicht, denn schließlich sei das Hauptproblem Vietnams politischer und nicht militärischer Natur. Johnson kam im Verlauf des Gespräches darauf mit der Bemerkung zurück, er schätze de Gaulle als großen Mann und sei glücklich, daß es in Frankreich nicht so viele Regierungswechsel gebe wie in Südvietnam⁴¹.

Als Geste seines Vertrauens gewährte er Couve de Murville einen gewissen Einblick in Unterlagen des amerikanischen Geheimdienstes. Die Mitschrift über dieses Gespräch vermittelt einen guten Eindruck über die Sprache und Denkweise Johnsons. Er meinte, es gebe jeden Monat 2–3000 »Zwischenfälle« in Südvietnam. Man müsse den Franzosen ja nicht erklären, was dies bedeute, denn sie hätten ja genügend Erfahrung mit dem Dschungelkrieg in Indochina. Auf Pleiku eingehend, fuhr Johnson laut Protokoll⁴² fort: »Then the Viet Cong had been sent into a US compound and had killed a number of our boys. The President was not going to write them a thank-you note for this.« Es habe 78 vergleichbare Zwischenfälle gegeben. »The President wondered what de Gaulle or Erhard or Wilson would do in similar circumstances.« Johnson begründete, so habe er befohlen, die nordvietnamesischen Versorgungs- und Nachschubeinrichtungen zu bombardieren. »Then the following night they had come and blown up a hotel and killed some more of our soldiers. So our planes went back and «sprinkled them a little.« Er glaube nicht, daß dabei viele Nordvietnamesen umgekommen seien. Vielmehr vertrete er die Ansicht, der Gegenschlag habe in anderen Teilen der Welt mehr Bestürzung ausgelöst als in Nordvietnam⁴³. Johnson weiter: »We would like to have everybody else's help in our efforts and we haven't had much help from others.« In Anspielung auf Westeuropa meinte er, seine Administration könne der amerikanischen Bevölkerung kaum den Sinn aller eingegangenen Allianzen erklären, wenn er keine Unterstützung bekomme.

Der französische Außenminister hörte geduldig zu und antwortete schließlich, das Hauptproblem sei: »how to get out.«⁴⁴

39 Ibid. S. 232 a mit Verweisen auf die CIA Research Memoranda, Europe, RM REU-9: »French Policy in Southeast Asia,« January 30, 1963 und RM REU-16: »De Gaulle and Vietnam,« February 11, 1964.

40 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. vi, 2/65–6/65, D U.S. Department of State, Memorandum of Conversation, Johnson–Couve de Murville, February 19, 1965, S. 260.

41 Ibid. S. 260 a/1f. und S. 260 a/3.

42 Zu beachten ist hierbei, daß ein Protokoll dieser Art nicht den exakten Wortlaut wiedergibt.

43 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. vi, 2/65–6/65, D U.S. Department of State, Memorandum of Conversation, Johnson–Couve de Murville, February 19, 1965, S. 260 a/1f. und S. 260 a/3f.

44 Ibid. S. 260 a/4.

Frankreich erhob auch am lautesten seine Stimme, um nach der Intervention der Vereinigten Staaten in der Dominikanischen Republik den Rückzug der amerikanischen Truppen zu fordern⁴⁵.

Es setzte seine Politik gegen die USA fort, als es den Verkauf von sechzig schweren Schleppern an die Volksrepublik China zuließ, obwohl diese Fahrzeuge nach Meinung des amerikanischen Verteidigungsministeriums auch dazu benutzt werden konnten, Panzer, Flugzeuge, Baumaterial, Dieselgeneratoren oder andere schwere militärische Ausrüstung zu transportieren⁴⁶.

In einem Report über de Gaulles Haltung zu Bündnissen flicht Thomas Hughes den Satz ein, da dessen Memorandum vom 17. September 1958⁴⁷ abgelehnt worden sei, sehe der französische Präsident die Lage so, daß er nur zu den explizit in den Verträgen festgehaltenen Sachverhalten verpflichtet sei, jedoch nicht notwendigerweise beim Handel mit den militärischen Bündnispartnern kooperieren müsse. »French membership jointly with the United States in the North Atlantic Alliance creates no necessary solidarity between the two in, for example, Southeast Asia.« Thomas Hughes fuhr fort: »SEATO, for him, hardly exists.«⁴⁸

Auch öffentlich nahm Frankreich Ende April 1965 eine aus der Sicht Washingtons latent antiamerikanische Haltung ein, als de Gaulle verkündete: »Deshalb verurteilen wir den Krieg, der sich in Asien von Tag zu Tag immer mehr ausweitet.«⁴⁹ Interessant ist nicht nur die Tatsache, daß de Gaulle das amerikanische Engagement ablehnte, sondern auch seine Begründung. Der französische Präsident verstand internationale Politik als Politik zwischen souveränen Nationalstaaten. Diese Ordnung werde durch die »Intervention« der übermächtigen USA in Indochina empfindlich gestört. Dieser Übergriff verändere die Machtverhältnisse und störe die Balance, da er ein neues Abhängigkeitsverhältnis schaffe⁵⁰.

Frankreichs Glaube, daß auch künftig der Nationalstaat die Aktionseinheit der internationalen Politik sein würde, stand jedoch im krassen Widerspruch zu der grundsätzlichen Einstellung der Amerikaner, die wie der Stellvertretende Nationale Sicherheitsberater Walt W. Rostow und George W. Ball ein »Europa der Vaterländer« etc. als anachronistisch ablehnten, was früher oder später zum Konflikt führen mußte⁵¹.

Zuckert berichtete Bundy aus Frankreich, de Gaulle habe zwar eine »Politik,« aber bisher keine Pläne, sie auszuführen. Schwierigkeiten bereitete den Amerikanern nach wie vor, daß de Gaulle wohl Visionen über die Evolution seiner Politik hatte,

45 So das »offizielle Frankreich« im Anschluß an die Kabinettsitzung vom 6. Mai 1965, zit. nach: Alfred GROSSER, Frankreich und seine Außenpolitik, 1944 bis heute, München 1989, S. 260.

46 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. vi, 2/65–6/65, D Douglas DILLON, Memorandum for the President: Sale of 60 Heavy-Duty Semi-Trailers to Communist China by the French Subsidiary of Fruehauf Corporation, March 3, 1965, S. 230 d.

47 In dem Charles de Gaulle u. a. für die NATO ein »Triumvirat« der USA, Großbritanniens und eben Frankreichs gefordert hatte, vgl. Alfred GROSSER, Das Bündnis, Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, München 1978, S. 263–266.

48 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. vi, 2/65–6/65, D U.S. Department of State, Director of Intelligence and Research, Thomas L. Hughes to Dean Rusk, Research Memo: De Gaulle And The North Atlantic Alliance, May 4, 1965, S. 224/2.

49 De Gaulle in seiner Rundfunk- und Fernsehansprache am 27. 4. 1965, zit. nach: STERCKEN (wie Anm. 29) S. 88.

50 Ibid.

51 Henry KISSINGER, Was wird aus der westlichen Allianz? Düsseldorf 1965, S. 64 f.

sie aber niemandem mitteile, so daß gerade das Ausland auf Spekulationen angewiesen war. Zuckert schätzte im Mai 1965, der Tiefpunkt der Beziehungen sei nun erreicht. Das Verhältnis werde sich bald wieder verbessern, da die USA ja Frankreichs »Unabhängigkeit« akzeptiert haben. Zuckert schloß: »There will be no more surprises.«⁵² Zu diesem Zeitpunkt gab es von französischer Seite nichts Neues zu Vietnam. De Gaulle glaubte weiterhin, daß die Amerikaner im falschen Krieg den falschen Weg eingeschlagen haben und den Konflikt verlieren würden⁵³.

Im Mai 1965 rückte wieder das französisch-sowjetische Verhältnis in den Mittelpunkt amerikanischen Interesses. Ein Special Report der CIA begann damit, die Koinzidenz Frankreichs und der UdSSR hinsichtlich Vietnams festzustellen. De Gaulle selbst hatte schon Mitte April 1965 die »Absenz von Disput« konstatiert, da auch hinsichtlich der Deutschen Frage und der Abrüstung seit 1964 eine deutliche Verbesserung zwischen Moskau und Paris eingetreten sei. Bereits im Februar hatten die Sowjets die französische Forderung nach Verhandlungen über Südostasien unterstützt. Der US-Geheimdienst berichtete: »The Vietnam situation is the most striking case in which the two countries hold similar views.«⁵⁴ Die von de Gaulle angestrebte Konstellation wechselnder Allianzen zwischen souveränen Nationalstaaten schien damit zu funktionieren.

Über das französisch-sowjetische Kommuniqué, das die übereinstimmende Sicht beider Staaten zur Vietnam-Problematik beinhaltete, meinte David Klein: »This doesn't change the situation very much, but it puts the French in bed with the Soviet Union on a number of important issues calculated to create discomfit in several places, including Washington, London, and Bonn.«⁵⁵

Mit dem franko-sowjetischen Rapprochement hielt sich de Gaulle alle Optionen offen, auch die des »ehrlichen Maklers« zwischen Ost und West⁵⁶. Während eines Hintergrundgesprächs mit dem Verleger des außenpolitischen Magazins »l'Aurore« im August 1965 meinte Dean Rusk: »As to Viet Nam, three Presidents had said we would not be pushed out. And, if we did leave, someone in Paris, for example, would say that one couldn't rely on the Americans.«⁵⁷ Während der Außenminister treffend

52 LBJ NSF CF France B 169 F Memos, vol. ii, 4/65–5/65, D Note, Eugene M. Zuckert to McGeorge Bundy, May 4, 1965, S. 44c/1–3.

53 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. vi, 2/65–6/65, Memo, David Klein to McGeorge Bundy: Ambassador Bohlen's Conversation with General De Gaulle, May 5, 1965, S. 218.

54 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. vi, 2/65–6/65, D Central Intelligence Agency, Office of Current Intelligence, Special Report: France's Dialog with the Soviet Union, May 21, 1965, Zitate S. 221/1f.

55 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. vi, 2/65–6/65, David Klein to McGeorge Bundy, Summary, The French-Soviet Communiqué, April 29, 1965, S. 226.

56 Auch im gemeinsamen französisch-sowjetischen Kommuniqué vom 1. Juli 1966, zum Abschluß seiner UdSSR-Reise, stimmte de Gaulle dem Passus zu, »die Zuspitzung des Vietnam-Krieges stelle eine Bedrohung für die Sache des Friedens dar,« zit. nach: GROSSER (wie Anm. 45) S. 256; vgl. LBJ NSF CF France B 172 F Memos, vol. ix, 1/66–9/66, D Central Intelligence Agency, Directorate of Intelligence, Intelligence Memorandum by the Office of Current Intelligence and coordinated with the Office of National Estimates; France, the USSR, and European Security (De Gaulle's Visit to the USSR), July 20, 1966, S. 159/1–2; »Moscow was careful not to rush its rapprochement with France lest it founder on areas of disagreement or to be carried out too far too fast ... De Gaulle probably saw the visit as a milestone in the process of detente in Europe«.

57 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. vi, 2/65–6/65, D U.S. Department of State, Memorandum of Conversation, Dean Rusk-Roland Faure, August 6, 1965, S. 244/2.

die »I told you so« Haltung de Gaulles erkannte, unterlief ihm hinsichtlich des Kriegsverlaufs folgende Fehlperzeption. Rusk meinte, die andere Seite scheine wohl drei Hoffnungen zu hegen:

1. einen militärischen Sieg des Viet Cong, die er sehr bezweifle,
2. den Umschwung der Weltmeinung gegen die USA, den der Minister verneinte: »With some 60–75 countries supporting South Viet Nam, such a build-up seems unlikely.«⁵⁸ Auch wenn es geschehe, würden die USA ihre Politik nicht ändern,
3. die Spaltung innerhalb der Vereinigten Staaten. »This will not occur.«⁵⁹

Doch schon Ende des Jahres verstärkte sich der Druck der Weltöffentlichkeit gegen die USA. De Gaulle profilierte sich dabei in einer Vorreiterrolle. Im Dezember 1965 lehnte er sowohl in einem Fernsehinterview⁶⁰ als auch in seiner Neujahrsansprache die amerikanische Vietnam-Politik und die Kriegsführung ab. Er präsentierte Frankreich als einzige nicht direkt oder indirekt in verschiedene Konflikte verwickelte Großmacht. De Gaulle versprach, alles zu tun, »um keinesfalls in einen Krieg hineingezogen zu werden, der nicht der unsrige ist.«⁶¹

1966–1968: »Schadenfreude« am Quai d'Orsay?

Regierungsberater Henry Kissinger teilte US-Verteidigungsminister McNamara und Präsident Johnson das Dictum de la Grandvilles mit, »viele Leute« wollten die Demütigung der Vereinigten Staaten in diesem Krieg. »We had to understand that France was far from neutral.« Das Wort »Schadenfreude« hielt Einzug am Quai d'Orsay. De la Grandville wies auch darauf hin, daß nicht nur die an die USA weitergeleiteten Berichte André Malrauxs über seine Konversation mit Mao Tse-tung eine andere Form aufwiesen als jene in den Akten des französischen Außenministeriums, sondern auch bei anderen Gelegenheiten Informationen zu spät oder in veränderter Form von Paris nach Washington weitergeben worden seien⁶².

Am 1. September 1966 in Pnom Penh, vor 80000 Menschen und der gesamten Weltpresse, legte de Gaulle wiederum den Schwerpunkt auf die Integrität und Souveränität der Nationalstaaten, als er den Konflikt im Nachbarland als Bürgerkrieg charakterisierte. Während es Kambodscha gelungen sei, »seinen Körper und seine Seele zu retten, da es Herr im eigenen Haus geblieben war,« habe man gesehen, wie die politische und militärische Macht der USA »sich in Südvietnam einnistete und im gleichen Zuge der Krieg dort erneut in Form eines nationalen Widerstands aufflammte.«⁶³ Danach führten die falschen Vorstellungen von der Anwendung der Gewalt zu einer ständigen Verstärkung des Expeditionskorps und zu einer in Asien ausgedehnten Eskalation, die sich immer näher an Chinas Grenzen geschoben habe.

58 Eine höhere Zahl als die von US-Außenminister Dean Rusk hier angegebene ist – nach Wissen des Autors – in der Literatur nicht zu finden.

59 LBJ NSF CF France B 171 F Memos, vol. viii, 9/65–1/66, D U.S. Department of State, Memorandum of Conversation, Dean Rusk-Robert Villers.

60 De Gaulle in einem Fernsehinterview am 14. 12. 1965, zit. nach: STERCKEN (wie Anm. 29) S. 161.

61 De Gaulle in seiner Neujahrsansprache am 31. 12. 1965, zit. nach: STERCKEN (wie Anm. 29) S. 83.

62 De la Grandville zit. nach: LBJ NSF CF B 8 F France 1966, Memorandum, Kissinger via McNamara to the President, March 23, 1966.

63 De Gaulle am 1. 9. 1966 in Pnom Penh, zit. nach: GROSSER (wie Anm. 45) S. 264; vollständiger Text auch bei: STERCKEN (wie Anm. 29) S. 240–243.

Die auch gegenüber der Sowjetunion zunehmend provokatorischen Aktionen seien schließlich von zahlreichen Völkern Europas, Afrikas und Lateinamerikas verworfen worden, als sie »immer gefährlicher für den Weltfrieden« wurden⁶⁴.

Couve de Murville vertrat 1966 die Auffassung, Vietnam sei ein amerikanischer Kolonialkrieg. Da die USA in die inneren Angelegenheiten Vietnams intervenieren, müssen sie militärisch alleine gehen⁶⁵. In einem Radiointerview⁶⁶ bezeichnete der Außenminister am 19. September 1966 das Hineinwerfen von regulären amerikanischen Truppen nach Vietnam als den Wendepunkt des Krieges, der Verhandlungen unmöglich gemacht habe. Couve de Murville plädierte wie de Gaulle zu einer Rückkehr zu den Genfer Verhandlungen und Verträgen von 1954⁶⁷ und den früheren Abkommen. Da eine militärische Lösung in Vietnam nicht möglich sei, würde er selbst eine kommunistische Übernahme einer Fortdauer der Kämpfe vorziehen. Deutlicher als de Gaulle formulierte er, sollte der Konflikt sich über die Grenzen Südostasiens ausdehnen, werde Frankreich die USA darin nicht unterstützen⁶⁸.

Allmählich rückte der Nexus Vietnam-Krieg/Westeuropa in den Fokus der transatlantischen Beziehungen. Paris zweifelte nun offen an der Macht der USA, im Ernstfall Europa konventionell verteidigen zu können, solange sie in Vietnam engagiert sind.

Drei Tage vor der großen Rede Johnsons zu Europa vom 7. Oktober 1966 führte Botschafter Bohlen dem Präsidenten gegenüber aus, trotz Vietnam müsse den Westeuropäern versichert werden, daß die USA im Ernstfall für ihre Verteidigung einstünden. Gleichzeitig argumentiert er: »Despite Viet-Nam, we will keep trying to find areas of peaceful cooperation with Eastern Europe and the Soviet Union.«⁶⁹ Zu Frankreich schlug Bohlen in diesem Zusammenhang wenig Neues vor. Man solle klarmachen, die USA seien mit de Gaulle einig, daß die Verhältnisse nicht durch einen Kalten Krieg eingefroren werden dürfen. Daneben wollte er Kultur und Handel verbessern. Allerdings konstatierte er »France's increasingly antagonistic attitude toward U.S.-Viet-Nam policy.« Er riet, de Gaulle dessen eigenes Statement vom 31. Mai 1961 gegenüber Kennedy vorzuhalten:⁷⁰ »If the U.S. feels that its

64 De Gaulle am 1. 9. 1966 in Pnom Penh zit. nach: STERCKEN (wie Anm. 29) S. 240–243, Zitat S. 241.

65 LBJ NSF CF France B 172 F Memos, vol. ix, 1/66–9/66, Central Intelligence Agency, Directorate of Intelligence, Memorandum No. 1602/66: Maurice Couve de Murville, September 22, 1966, S. 201 a/4 SECRET; noch im Juli 1966 hatte eine AFP-Meldung von Jean Raffaeli, dem AFP-Korrespondenten in Hanoi, mit Bezug auf gut informierte Kreise vietnamesische Führer zitiert. Danach wünschten alle Verbündeten Nordvietnams, mit Ausnahme der Volksrepublik China, einen raschen Frieden in Südostasien.

66 Couve de Murville zit. nach: LBJ NSF CF France B 172 F Memos, vol. ix, 1/66–9/66, Central Intelligence Agency, Directorate of Intelligence, Memorandum No. 1602/66: Maurice Couve de Murville, September 22, 1966, S. 201 a/4 Secret.

67 De Gaulle hielt auch in seinem Brief an Ho Tsch Minh vom 8. Februar 1966 an seinem Kurs fest, zum Genfer Abkommen zurückzukehren sowie die Unabhängigkeit und strikte Neutralität Vietnams zu wahren, vgl. GROSSER (wie Anm. 45) S. 263f.

68 Couve de Murville zit. nach: LBJ NSF CF France B 172 F Memos, vol. ix, 1/66–9/66, Central Intelligence Agency, Directorate of Intelligence, Memorandum No. 1602/66: Maurice Couve de Murville, September 22, 1966, S. 201 a/4 SECRET.

69 LBJ NSF CF France B 173/174 F Memos, vol. x, 10/66–1/67, Bator to President, Talking Points: NATO, East-West Relations, Viet-Nam, October 3, 1966, S. 148b.

70 Dieses »Statement« geht auf die Mitschrift des amerikanischen Übersetzers zurück, die während des Dialogs de Gaulle-Kennedy am 31. Mai 1961 in Paris angefertigt wurde.

security or its honor compelled it to intervene (in Indochina), the French will not oppose such an intervention but will not participate in it, except, of course, if it were to lead to worldwide war, in which case France would always be at the side of the U.S..«⁷¹

Rückblickend stellte das State Department Ende 1968 für die zweite Jahreshälfte 1966 fest, die gutklingende offizielle Terminologie wie »Détente, Entente, Cooperation«⁷² habe in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu seiner Geheimdiplomatie gestanden. »It was apparent to us that the French Government not only wished to be in a position to exercise the option of neutrality in the event of hostilities in Europe – as Couve de Murville put it, the presence of American military facilities in France in peacetime could automatically involve France in a conflict in which it might not wish to participate – but also wished to suggest, in a report to the North Atlantic Council, that the United States might remain neutral in the event of a European war. This hypothesis was not acceptable to the United States and no agreement was reached on a joint report to the North Atlantic Council.«⁷³.

Wie im Falle Vietnams schlug Charles Bohlen beim geforderten Abzug der US- und NATO-Truppen und der 600 000 bis 800 000 Tonnen Kriegsmaterial aus Frankreich vor, nicht einmal zu versuchen, das Land für diesen Schritt seines Präsidenten zu bestrafen. »There was not the slightest possibility that we could persuade or force de Gaulle to alter his course.«⁷⁴

Das gaullistische Frankreich nutzte die Involvierung der USA in Vietnam für den drastischen Schritt, den Abzug der amerikanischen Truppen ultimativ durchzusetzen. In der Sitzung des US-National Security Council (NSC) vom 13. Dezember 1966 gab Johnson die Direktive aus: »Let us go out rather than be pushed out by de Gaulle,« ehe ihn McNamara ausführlich über die zu erwartenden Kosten informierte⁷⁵.

Wenngleich ein Vorgang von solcher Tragweite auch die Beziehungen Frankreichs zu seinen anderen Verbündeten beeinflussen mußte, behielt Paris auch hier diesen Kurs bei. Gegenüber dem britischen Premierminister Harold Wilson erklärte de Gaulle im Mai 1967, unmittelbar vor dem Sechstagekrieg, Vietnam sei das Hauptproblem der Weltlage. Dieser Krieg beherrsche alles. Daher könne es auch im Nahen Osten keinen dauerhaften Frieden geben, solange vier der fünf auch in dieser Region

71 LBJ NSF CF France B 173/174 FMemos, vol. x, 10/66–1/67, Bator to President, Talking Points: NATO, East-West Relations, Viet-Nam, October 3, 1966, S. 148b.

72 So unter anderem am 22. Oktober 1966 in Bonn.

73 So übergab die amerikanische Regierung ihre Version am 6. Dezember 1966 dem »Defense Planning Committee,« während die französische ihre Fassung am folgenden Tag dem Nordatlantikrat übergab, vgl. LBJ Administrative History Of The Department Of State, vol. 1, Chapter 3: Europe, Overview, Section D 3 d, France, Re-entry negotiations, vgl. Text und Fußnote 16.

74 BOHLEN (wie Anm. 9) S. 507; Erst Jahre später zahlte Frankreich für die Gesamtheit der überlassenen US- und NATO-Liegenschaften pauschal 100 Millionen Dollar, »Liegenschaften, deren Wert im Februar 1968 auf das Sechsfache dieser Summe geschätzt worden war,« vgl. GROSSER (wie Anm. 45) S. 252.

75 McNamara: »Estimates of the cost of getting out range from \$ 175 to \$ 275 million. Some 75 000 Americans, plus 14 000 French civilians on the U.S. payroll are involved. Foreign exchange costs to us may drop from \$ 175 million to \$ 100 million ...« zit. nach: LBJ NSC Meeting File B 2 F vol. 4, Tab. 48, Summary Notes Of 566th NSC Meeting: North Atlantic Treaty Organization, December 13, 1966 Secret/Sensitive/For the President Only, deklassifiziert am 11. Oktober 1983.

interessierten Großmächte in Vietnam involviert seien. Die von dem Vietnam-Krieg ausgehende Ohnmacht lähme alle Friedensbemühungen. Während in Vietnam gekämpft werde, bestehe die Gefahr eines Weltkrieges, da nun auch noch China die Wasserstoffbombe besitze. Die französische Regierung habe immer deutlich gesagt, die Vereinigten Staaten sollen Vietnam räumen. Weil die USA dies nicht beachteten, rücke der nächste Weltkrieg näher. Auch aus diesem Grunde müsse Frankreich die NATO verlassen. Er wolle sich nicht in einen Krieg hineinziehen lassen, der von anderen zu verantworten sei. Die Franzosen seien nicht reich genug, um sich für so etwas zu ruinieren. Sie liebten das Leben zu sehr. Sie würden die Vereinigten Staaten auf diesem Weg nicht mehr begleiten⁷⁶.

De Gaulle riet nicht nur bei dieser Gelegenheit zu einem Bombenstop und Verhandlungen, wußte aber, daß Ho Tsch Minh nie zustimmen würde. Er sehe keine Lösung. Der Krieg werde weitergehen als die größte Absurdität des 20. Jahrhunderts⁷⁷.

Diese Einschätzung schien de Gaulle nicht davon abzuhalten, die Lage der Amerikaner für seine Zwecke auszunutzen. Am 27. Oktober 1967 berichtete Ernest Goldstein Präsident Johnson über massive Waffenverkäufe Frankreichs an lateinamerikanische Länder⁷⁸. Dies bedeutete für Goldstein einen Verstoß gegen die Monroe-Doktrin. Zwar sei Johnsons Politik der Geduld gegenüber Frankreich generell richtig gewesen, aber es gebe für alles eine Grenze. Rasch personalisierte man auf amerikanischer Seite das Problem. »He (de Gaulle) is now interfering in our relations with our neighbors and upsetting the equilibrium in the Hemisphere. Europeans have until now been aware of our desire to keep Latin America free of disturbing foreign influence.« Europa werde diese Aktion de Gaulles als Indiz dafür werten, daß die USA zu sehr mit Vietnam beschäftigt seien und ihre traditionelle Politik gegenüber dem Rest der Welt vernachlässigen. »This is what de Gaulle has been claiming all along. Treating de Gaulle as a competitor serves to enhance his status,«⁷⁹ warnte Goldstein⁸⁰.

Auch Bohlen, der amerikanische Initiator dieser Politik der Geduld gegenüber Frankreich, verließ einmal diese Generallinie. Er intervenierte, nachdem der französische Fernsehkommentator d'Astier auf dem Bildschirm gemeint hatte, jeder von Nordvietnam gefangene amerikanische Pilot solle gerädert werden, als Strafe dafür, daß er unschuldige Frauen und Kinder bombardiert habe⁸¹.

Nach Ausbruch der Tet-Offensive meldete Bohlen im Februar 1968 an Rusk: »Given the attitude of de Gaulle, there would seem to be very little chance of any real improvement in Franco-American relations. Even if the war in Vietnam is brought

76 De Gaulle zit. nach: Harold WILSON, Die Staatsmaschine, Erinnerungen des britischen Premiers, 1964–1970, Wien 1972, S. 304.

77 De Gaulle zit. nach: WILSON (wie Anm. 76) S. 305.

78 LBJ NSF CF France B 173/174 F Memos, vol. xii, 8/67–12/67, E. Ernest Goldstein to the President, October 27, 1967, S. 89/2.

79 Ibid. S. 89/2.

80 Es entbehrte nicht einer gewissen Ironie, daß die Situation entfernt an den amerikanischen Bürgerkrieg von 1861–1865 erinnerte, als die USA ebenfalls unfähig zur Verteidigung der Monroe-Doktrin waren und eine europäische Großmacht in der westlichen Hemisphäre intervenierte – Frankreich.

81 Vgl. BOHLEN (wie Anm. 9) S. 518.

up to the negotiating table, which should help in public opinion, nevertheless I feel that de Gaulle's basic interpretation of American power – which (compels) the French to withdraw from support of us in any given circumstance short of all-out war – really does not offer much hope or room for improvement by actions of the American government or even by those of the French government. As long as de Gaulle holds his view, and there is no sign that he will ever change it, there would appear to be no hope for any basic improvement in Franco-American relations. In short, I can offer little encouragement to any belief in a change in our relations with France until after the departure of de Gaulle.«⁸²

Die erste amerikanische Maßnahme im Vietnam-Krieg, die de Gaulle begrüßte, war der Bombenstop vom 31. März 1968 und die Ankündigung Johnsons, nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Anderen französischen Spitzenpolitikern wie Valéry Giscard d'Estaing rechnete es die amerikanische Regierung schon hoch an, wenn sie sich nicht öffentlich zu Vietnam äußerten und die USA für ihre Verstrickung nicht kritisierten⁸³. Als Michel Debré im Oktober 1968 Johnsons »very fine and very great speech« vom 31. März des Jahres lobte, aber zu verstehen gab, nicht einmal in vertrautem Kreis über Vietnam sprechen zu wollen, wies Johnson darauf hin, nun habe de Gaulle zuhause dieselben Probleme wie er⁸⁴.

Das Rapprochement von Nixon und de Gaulle, 1969

Der neue amerikanische Präsident hatte vor Reiseantritt im Februar 1969 gefühlt, daß die Mitarbeit de Gaulles »lebenswichtig« sein werde für die Beendigung des Krieges in Vietnam und für seine Pläne, neue Beziehungen zur Volksrepublik China zu knüpfen. Damit kehrte Nixon die Johnson-Perzeption und Johnson-Politik um und agierte nach dem »angelsächsischen« Motto, »If you can't beat them, join them.«⁸⁵ Seine Administration beurteilte positiv, daß Paris diplomatische Beziehungen zu Hanoi und Peking unterhielt. Nixon machte aus der Not eine Tugend, etwa wenn er in der französischen Hauptstadt einen guten Ort für Geheimverhandlungen sah. Nixon berichtet, de Gaulles Vietnam-Konzept habe im Februar 1969 gelautet, parallel zu den Kämpfen direkte politische Verhandlungen mit den Nordvietnamesen zu führen, um ohne Hast einen stufenweisen Abzug durchzuführen⁸⁶. Damit machte sich Nixon eine Position zueigen, die Charles Bohlen bereits am 3. Oktober 1966 in einem grundlegenden Gespräch mit Johnson vertreten hatte. Hier hatte der Diplomat den Punkt vorgebracht, man solle für einen möglichen amerikanischen Truppenabzug aus Vietnam nach Unterzeichnung eines Abkommens Fristen verein-

82 Charles Bohlen in einem Memorandum an Dean Rusk, abgedruckt in: BOHLEN (wie Anm. 9) S. 520.

83 LBJ NSF CF France B 173/174 F Memos, vol. xiii, 1/68–4/68, Benjamin Read to Walt Rostow, Memo: Your Meeting with Valery Giscard d'Estaing on Friday, March 22, 1968, at 10:30 a.m., March 21, 1968, S. 193/1f.; hierin wird der erst zweiundvierzigjährige Giscard d'Estaing als fähiger, ambitionierter Politiker charakterisiert, aber auch sein »lack of mass appeal« aufgezeigt.

84 LBJ NSF CF France B 173/174 F Memos, vol. xiv, 8/68–1/69, Memorandum of Conversation, Johnson-Debré: US-French Relations... and Viet Nam, October 11, 1968, S. 150b/2.

85 Richard NIXON, Memoiren, Köln 1978, S. 246.

86 Ibid. S. 248.

baren. Er erinnerte daran, daß de Gaulle schon bei früheren Gelegenheiten zwei Jahre für angemessen gehalten habe⁸⁷.

Auch Kissinger, der seit Juni 1967 als Vermittler zwischen Washington und Hanoi eingeschaltet war, teilt über die Europareise Präsident Nixons von Februar 1969 mit, de Gaulle »verlangte die Beendigung des Krieges in Vietnam.«⁸⁸

Bald darauf trat der erste Präsident der V. Republik zurück. Wenngleich auch sein Nachfolger im Elysée, Präsident Georges Pompidou, noch auf der Pressekonferenz vom 2. Juli 1970 die Vereinigten Staaten heftig wegen des Krieges in Indochina kritisierte, neigte der erste Erbe des Gaullismus alles in allem stärker einem französisch-amerikanischen Rapprochement zu. Er führte Frankreich in seine neue Rolle als »kritisch-loyaler Verbündeter.«⁸⁹

Zusammenfassung: »Wir wünschen nur etwas mehr Unterstützung, richtige Unterstützung« in Vietnam

Schon 1964 sprachen sich erstrangige US-Politiker wie Verteidigungsminister Robert McNamara, Sicherheitsberater McGeorge Bundy und sein Stellvertreter (und Nachfolger) Walt Rostow dafür aus, die »europäischen Freunde« der USA sollten ihren »fairen Anteil« an den globalen Verpflichtungen der Führungsmacht übernehmen. Die Unzufriedenheit über die Haltung der europäischen Verbündeten war bei ihnen schon vor Ausbruch des Vietnam-Krieges im Februar/März 1965 zu spüren. Frankreich warf man sogar vor, mit der Volksrepublik China, einem Hauptgegner der USA im Vietnam-Konflikt, ab Ende 1963 engere Bande zu knüpfen. Neben erheblichen diplomatischen Unstimmigkeiten etwa über die Frage eines USA-Besuchs de Gaulles belastete diese Angelegenheit das amerikanisch-französische Verhältnis und die persönliche Beziehung beider Präsidenten nach dem Tod John F. Kennedys. Zudem übten die Franzosen aus der Sicht Washingtons einen »double-talk«, war doch die offizielle und die geheime Politik de Gaulles gegenüber den USA unvereinbar. So stimmte der französische Außenminister Couve de Murville im Januar 1964 in Geheimgesprächen der amerikanischen These zu, ein kommunistisches Land wie Nord-Vietnam könne per definitionem gar nicht »neutralisiert« werden, während die »Neutralisierung« der Region seit der großen Rede de Gaulles vom 30. August 1963 die Basis der offiziellen französischen Indochina-Politik bildete.

Laut General de Gaulle war der Westen, selbst die Supermacht USA, nicht dazu in der Lage, gegen asiatische Guerilleros zu siegen. Deshalb schlug er die »Neutralisierung« der Region vor, ohne zu erklären, was exakt darunter inhaltlich und geographisch zu verstehen sei. »In a broad sense de Gaulle probably thinks that his diagnosis in Viet Nam is applicable also to the rest of the area, including perhaps Thailand, Malaysia and Indonesia and who knows what else,« hieß es in einem Memorandum.

87 LBJ NSF CF France B 173/174 F Memos, vol. x, 10/66–1/67, Memo, Charles Bohlen to Walt Rostow, October 3, 1966, S. 139.

88 Henry KISSINGER, *Memoiren, 1968–1973*, München 1979, S. 120.

89 Vgl. Wichard WOYKE, *Frankreichs Außenpolitik von de Gaulle bis Mitterrand*, Opladen 1987, S. 72.

Bereits vor der Eskalation der Kämpfe in Vietnam war offensichtlich, daß Frankreich den USA keinen Beistand leisten würde. Doch in der Folge erfüllte es nicht einmal die amerikanische Hoffnung, zumindest wohlwollende Neutralität gegenüber den USA zu wahren. Vielmehr, so berichtete US-Botschafter Lodge aus Saigon, betreibe de Gaulle eine offen anti-amerikanische Politik. Hier bestehe die Gefahr, daß sich die Wut der Amerikaner in Indochina eher gegen die Franzosen richte als gegen den Viet Cong.

Andererseits warnte Botschafter Bohlen in Paris davor, daß Washington sich mit der Bitte um Erklärung oder gar Hilfe an Paris wende. Nichts könne die amerikanisch-französischen Beziehungen derzeit verbessern. Der Nachrichtenchef des State Department, Thomas Hughes, suchte die Lösung des bilateralen Problems im jeweiligen Rollenverständnis und folgerte für Vietnam: »France's chosen role is that of a broker for peace, not of a policeman.«

Schon Mitte 1964, vor den vermeintlichen Angriffen im Golf von Tonking, nahm Vietnam einen exponierten Platz im amerikanisch-französischen Verhältnis ein. Präsident de Gaulle riet dem stellvertretenden US-Außenminister Ball, in Vietnam keinen »dreckigen Krieg« zu führen. Frankreich habe dort seine Lektion lernen müssen. »France would not involve itself in any way in the escalation of the fighting. We would have to go it alone. Vietnam ... is a rotten country.« Nur Verhandlungen der fünf Großmächte könnten laut de Gaulle eine Lösung erzielen, während die Amerikaner nicht an eine Verständigung mit der Volksrepublik glaubten. In den nächsten Monaten verfolgte de Gaulle die amerikanischen Schwierigkeiten bei dem Versuch, »in Indochina unseren Platz einzunehmen,« nicht ohne Häme. Die amerikanische Analyse nach solchen Statements hieß, es gebe keinen kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den USA und Frankreich in bezug auf Vietnam. Vielmehr benutzte de Gaulle den Konflikt, um amerikanische Werte und Überzeugungen wie selbst das »Manifest Destiny« anzugreifen.

Wie auch immer sich die Lage entwickle, so ein US-Memorandum, de Gaulle werde eine »Ich habe es ja gesagt«-Position beziehen. Schon 1965, als Johnson sich auf Vietnam konzentrierte, wurde de Gaulles Vorstoß, Frankreich zur westeuropäischen Hegemonialmacht aufzuwerten, nur durch Erhards »Aushöhlung« des deutsch-französischen Vertrages vom Januar 1963 gestoppt. Allerdings kam es zu einer gewissen französisch-sowjetischen Entente in bezug auf Vietnam.

Frankreich verurteilte als selbsternannter Mentor der Dritten Welt bereits die amerikanische Intervention in die Dominikanische Republik am härtesten von allen westlichen Staaten. Ebenso lehnte es den Kampf in Vietnam als »ungerechten Krieg« ab. Paris agierte nach Ansicht der USA, als existierte seine Mitgliedschaft in der NATO gar nicht. De Gaulle wollte seine Ansicht kaum verhehlen, daß die USA in Vietnam den falschen Weg im falschen Krieg eingeschlagen hätten und unweigerlich unterliegen würden. Der CIA sah darin eine der sowjetischen Perspektive identische Ansicht. Kissinger gab bald darauf die Hoffnung auf, Frankreich könne sich »neutral« verhalten. Das Wort »Schadenfreude« hielt Einzug in das Vokabular des Quai d'Orsay.

In Pnom Penh warnte de Gaulle am 1. September 1966 vor der ungerechten amerikanischen Intervention, die »immer gefährlicher für den Weltfrieden« werde. Couve de Murville sprach von einem amerikanischen Kolonialkrieg. Frankreich werde nicht an der Seite der USA kämpfen, sollte sich der Konflikt ausweiten. Je

mehr sich abzeichnete, daß die USA militärisch nicht in der Lage waren, einen Sieg herbeizuführen, desto stärker rückte der Nexus Vietnam-Krieg/Westeuropa in den Vordergrund. Frankreich zweifelte nunmehr sowohl die Bereitschaft der USA an, Westeuropa gegen eine sowjetische Aggression atomar zu verteidigen als auch seine Fähigkeit, dies mit konventionellen Waffen zu gewährleisten. Damit berührte es den Nerv der amerikanisch-westeuropäischen Beziehungen. Gleichzeitig bildete diese Logik die Ausgangsbasis für das französisch-sowjetische Rapprochement von Sommer 1966.

Dieser Entwicklung nahm Johnson in seiner »bridge-building«-Rede vom 7. Oktober 1966 zwar den Wind aus den Segeln, er löste mit der angekündigten Kooperationsbereitschaft der USA zu Osteuropa und der UdSSR andererseits aber deutsche Ängste aus. Wie schon bei den anderen gegen Washington gerichteten Schritten, übte sich die Johnson-Administration beim erzwungenen Abzug der US- und NATO-Streitkräfte aus Frankreich Ende 1966 in Geduld und nahm auch die stereotype Kritik hinsichtlich des Vietnam-Krieges nur noch zur Kenntnis. De Gaulle stand an der Spitze jener Westeuropäer, die früh und mit Nachdruck die Einstellung der amerikanischen Bombardements verlangten. Frankreich ging Ende 1967 selbst soweit, die Monroe-Doktrin anzutasten, als es Waffengeschäfte größeren Umfangs mit Lateinamerika tätigte. Bohlen monierte während der Tet-Offensive Anfang 1968 wie schon vier Jahre zuvor, es gebe – während der Amtszeit de Gaulles – nichts, was die amerikanisch-französischen Beziehungen verbessern könne. Nicht einmal die Aufnahme von Friedensgesprächen mit den Viet Cong in Paris habe, von der Presse abgesehen, Einfluß darauf.

Allerdings begrüßte de Gaulle diesen Schritt ebenso wie Johnsons Ankündigung eines Bombenstops vom 31. März 1968. Entgegen seiner ursprünglichen Einschätzung mußte sich Johnson nun eingestehen, daß der Franzose doch länger im Amt bleiben würde als er selbst. Doch nur zwei Monate später, während der 1968er Maiunruhen, empfand aber auch der US-Präsident »Schadenfreude«: de Gaulle habe nun – ohne Verstrickung in den Vietnam-Krieg – zuhause dieselben Probleme wie er.

Nixon schlug gegenüber Frankreich einen völlig neuen Kurs ein, indem er die Einschätzung der Johnson-Administration ins Gegenteil verkehrte. Es sei positiv, daß Paris diplomatische Kontakte zu Hanoi und Peking pflege und wie seine Administration für einen geordneten, ehrenvollen Abzug der amerikanischen Streitmacht aus Vietnam plädiere.

Demgegenüber schloß der Autor einer zusammenfassenden Studie des State Department über die Ära Johnson-de Gaulle, das bilaterale Verhältnis sei im Gegensatz zur gängigen Einschätzung nicht ausschließlich von Konflikten dominiert worden. Zwar habe es Probleme in bezug auf Quebec und den Nahen Osten gegeben, auch hinsichtlich des Goldes, amerikanischer Investitionen in Europa und der Aufnahme Großbritanniens in die EWG, daneben auf den Gebieten Abrüstung, Nichtverbreitung von Atomwaffen, NATO und Friedenserhaltung. Selbstverständlich löste der Krieg in Vietnam die größten Differenzen zwischen beiden Ländern aus, da hier anders als bei obigen Punkten auch die französische Bevölkerung mit ihrem Präsidenten einer Meinung gewesen sei. Andererseits kenne er auch vorweisbare Erfolge für die fünfviertel Johnson-Jahre, namentlich einen amerikanisch-französischen Vertrag über die Doppelbesteuerung.

RÉSUMÉ FRANÇAIS*

Déjà en 1964, des personnalités politiques américaines telles que le Ministre de la Défense Robert McNamara, le Conseiller en matière de sécurité McGeorge Bundy ainsi que son remplaçant et successeur Walt Rostow avaient exprimé leur souhait de voir les «amis européens» des USA assumer «leur part» des responsabilités américaines. Leur contrariété quant à l'attitude des alliés européens s'était déjà fait sentir avant le début de la guerre du Viêt-nam en février-mars 1965. On reprochait même à la France d'avoir resserré dès la fin 1963, les liens avec la République Populaire de Chine, un des principaux adversaires des Américains dans le conflit du Viêt-nam. Outre les désaccords diplomatiques manifestes tels que le problème d'un voyage aux Etats-Unis du Président de Gaulle, cette affaire a contribué à la dégradation des relations franco-américaines ainsi que des relations personnelles entre les deux présidents après la mort de John F. Kennedy. De plus, les Français jouaient, aux yeux de Washington, un double jeu, la politique officielle de de Gaulle vis-à-vis des USA ne concordant pas avec sa politique secrète. Ainsi, le ministre français des affaires étrangères, Couve de Murville, aurait approuvé en janvier 1964, lors d'entretiens secrets, la thèse américaine selon laquelle un pays communiste tel que le Viêt-nam du Nord ne pourrait par définition être «neutralisé», alors que la question de la «neutralisation» de cette région constituait depuis le célèbre discours de de Gaulle du 30 août 1963 la base de la politique française menée officiellement au sujet de l'Indochine.

D'après le Général de Gaulle, les pays occidentaux, même la grande puissance que sont les USA, ne sont pas à même de venir à bout des guérilleros asiatiques. C'est pourquoi, il a proposé, dans des termes assez vagues, ce que critiquait l'auteur d'un mémorandum de la CIA, la «neutralisation» de cette région, sans toutefois préciser ce qu'il fallait entendre par là, ni du point de vue du contenu ni géographiquement. «In a broad sense de Gaulle probably thinks that his diagnosis in Viet Nam is applicable also to the rest of the area, including perhaps Thailand, Malaysia and Indonesia and who knows what else» tels étaient les termes d'un memorandum.

Il était évident, bien avant l'escalade des combats au Viêt-nam que la France ne viendrait pas en aide aux USA. Cependant, elle n'a même pas par la suite répondu à l'attente des Américains en conservant au moins une neutralité bienveillante vis-à-vis des USA. Au dire de Lodge, ambassadeur américain à Saïgon, de Gaulle menait même une politique manifestement anti-américaine. Lodge y voyait le risque de voir la colère des Américains en Indochine se retourner plutôt contre les Français que contre le Viêt cong.

D'autre part, Bohlen, ambassadeur à Paris déconseillait à Washington de s'adresser à Paris pour demander des explications ou même de l'aide. Rien ne pouvait à l'époque améliorer les relations franco-américaines. Le chef du renseignement au State Department, Thomas Hugues, croyait voir l'origine du problème franco-américain dans le rôle que chacun des deux pays cherchait à jouer, et tirait pour le Viêt-nam les conclusions suivantes: «France's chosen role is that of a broker of peace, not of a policeman.»

Déjà vers la mi-1964, avant les prétendues offensives dans le Golf du Tonkin, le Viêt-nam occupait une place importante dans les relations franco-américaines. Le Président de Gaulle avait conseillé à Ball, ministre adjoint des affaires étrangères aux USA, de ne pas mener de «guerre sale» au Viêt-nam. La France avait dû pour sa part tirer une leçon des événements au Viêt-nam. «France would not involve itself in any way in the escalation of the fighting. We would have to go it alone. Vietnam ... is a rotten country.» Selon de Gaulle, seuls des pourparlers entre les cinq grandes puissances seraient susceptibles d'apporter une solution au problème. Les Américains, par contre, ne croyaient pas à une entente possible avec la République Populaire. Pendant les mois qui suivirent, le Général de Gaulle put assister, non sans en éprouver une certaine joie maligne, aux difficultés auxquelles se heurtaient les Américains en voulant «prendre notre place en Indochine». Les critiques américains affirmaient, après de telles déclarations, qu'il n'existait pas le moindre dénominateur commun entre les Etats-Unis et la France en ce qui concerne le Viêt-nam. De Gaulle se servirait même du conflit pour attaquer les valeurs et convictions américaines telles que le «Manifest Destiny».

Quelle que soit l'évolution de la situation, de Gaulle resterait sur sa position du «je l'avais bien dit», tels sont les termes d'un mémorandum américain. Déjà en 1965, alors que Johnson restait concentré sur le Viêt-nam, seule la sappe par Erhard du Traité franco-allemand de janvier 1963 a pu stopper la tentative de de Gaulle d'assurer l'hégémonie française en Europe occidentale. Il y eut toutefois un accord de conclu entre la France et l'Union soviétique au sujet du Viêt-nam.

* Ich danke Frau Françoise Herzog von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankeness sehr herzlich für diese Übersetzung.

La France, se considérant comme le mentor des pays du Tiers Monde, condamnait avec plus de véhémence que tous les autres pays occidentaux l'intervention américaine dans la République Dominicaine. Elle dénonçait également les combats au Viêt-nam et parlait de »guerre injuste«. D'après les USA, elle agissait comme si son adhésion à l'OTAN n'existait pas. De Gaulle ne cherchait guère à dissimuler son point de vue selon lequel les Américains étaient en train de faire fausse route en s'engageant dans une fausse guerre et qu'ils perdraient inévitablement. La CIA voyait là un point de vue identique à celui de l'Union soviétique. Peu après, Kissinger abandonnait l'espoir de voir la France se comporter »neutralement«. Le terme de »joie maligne« faisait son entrée dans le répertoire du Quay d'Orsay.

A Phnom Penh, de Gaulle mettait en garde le 1^{er} septembre 1966 contre l'injuste intervention américaine qui devenait »de plus en plus menaçante pour la paix internationale«. Couve de Murville parlait de guerre coloniale, et au cas où le conflit devrait s'amplifier, la France refuserait de se battre aux côtés des USA. Plus il était évident que les USA n'étaient pas en mesure de remporter la victoire, plus le rapprochement guerre du Viêt-nam/Europe occidentale s'imposait. Désormais, la France doutait à la fois de la disposition des USA à défendre l'Europe occidentale contre une agression soviétique avec des moyens atomiques et de leurs capacités à réaliser ceci avec des armes conventionnelles. Elle touchait là le point sensible des relations entre les USA et l'Europe occidentale. Cette logique était en même temps le point de départ du rapprochement franco-soviétique de l'été 1966.

Johnson a certes essayé de contrecarrer cette évolution dans son discours du »bridge-building« du 7 octobre 1966, cependant, avec l'annonce de la disposition des USA à coopérer avec l'Europe de l'Est et l'URSS, il déclencha des craintes en Allemagne. Comme cela fut déjà le cas lors de mesures entreprises contre Washington, le gouvernement de Johnson fit preuve de patience lors du retrait forcé, fin 1966, des troupes américaines et de l'OTAN du territoire français, et s'est contenté de prendre connaissance de la critique stéréotypée à propos de la guerre du Viêt-nam. De Gaulle était à la tête de ces Européens de l'Ouest qui, dès le début, ont exigé avec insistance la fin des bombardements américains. Fin 1967, la France alla même jusqu'à porter atteinte à la doctrine de Monroe en faisant du trafic d'armes, et cela dans des proportions assez importantes, avec l'Amérique latine. Pendant l'offensive du Têt début 1968, Bohlen exprima son regret, comme il l'avait déjà fait quatre ans auparavant, qu'il n'y eût rien qui pût améliorer les relations franco-américaines, tant que de Gaulle serait à la présidence. Même les entretiens ouverts à Paris avec le Viêt-cong en faveur de la paix seraient restés sans effet, si l'on excepte le retentissement dans la presse.

Cependant, de Gaulle a approuvé cette mesure ainsi que l'annonce du 31 mars 1968 par Johnson de sa décision d'interrompre les bombardements. Contrairement à ce qu'il pensait au préalable, Johnson dut reconnaître que le président français resterait plus longtemps que lui-même à la présidence. Cependant, à peine deux mois plus tard, pendant les événements de mai 1968, ce fut alors au tour du président américain de ressentir une »joie maligne«: de Gaulle avait donc dans son pays – sans être mêlé à la guerre du Viêt-nam – les mêmes problèmes que lui.

Nixon a opté pour une politique à l'égard de la France tout à fait différente de celle de Johnson, il adoptait une attitude inverse. Il trouvait positif que Paris entretienne des contacts diplomatiques avec Hanoï et Pékin et plaidait, tout comme son gouvernement, en faveur d'un retrait organisé et honorable des forces américaines au Viêt-nam.

Par contre, l'auteur d'une étude de l'ère Johnson-de Gaulle, effectuée par le State Department, concluait que les relations bilatérales n'avaient pas été marquées, contrairement à l'opinion courante, que par des conflits. Il y eut bien sûr des problèmes au sujet du Québec et du Proche-Orient, ainsi qu'au sujet de l'or, des investissements américains en Europe et de l'adhésion de la Grande-Bretagne à la CEE, et également pour les questions de désarmement, de non-prolifération des armes nucléaires, de l'OTAN et du maintien de la paix. La guerre du Viêt-nam a bien entendu été cause de graves différends entre les deux nations, car contrairement aux aspects mentionnés plus haut, le Français se rangeaient là à l'avis de leur président. D'autre part, il pouvait également citer des succès incontestables remportés pendant les cinq années et quart du mandat de Johnson, notamment le Traité franco-américain sur la double imposition.